



UNIVERSITÄT
KOBLENZ · LANDAU

Universität Koblenz-Landau
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung Politikwissenschaft
Arbeitseinheit „Politisches System der
Bundesrepublik Deutschland“
Leitung: Prof. Dr. Manuela Glaab

*Julia Thiekötter / Daniel Reichard / Alexandra Michlenko / Danny Behrendt / Ines
Esenlaub / Dunja Mladek / Annika Leinenbach*

„Die Politik des Gehörtwerdens“: Bürgerbeteiligung zur Justizvollzugsanstalt Rottweil

Zitationshinweis:

Thiekötter, Julia / Behrendt, Danny /
Esenlaub, Ines / Leinenbach, Annika /
Michlenko, Alexandra / Mladek, Dunja /
Reichard, Daniel (2016): „Politik des
Gehörtwerdens“: Bürgerbeteiligung zur
Justizvollzugsanstalt Rottweil. Online verfügbar
unter: [https://www.uni-koblenz-
landau.de/de/landau/fb6/sowi/pw/abteilung/
politische-system-brd/caseteaching/case-iva-
rottweil](https://www.uni-koblenz-landau.de/de/landau/fb6/sowi/pw/abteilung/politische-system-brd/caseteaching/case-iva-rottweil)

„Politik des Gehörtwerdens“: Bürgerbeteiligung zur Justizvollzugsanstalt Rottweil

Julia Thiekötter / Alexandra Michlenko / Danny Behrendt / Ines Espenlaub / Dunja Mladek / Annika Leinenbach / Daniel Reichard¹

25. Mai 2011, Landtag Baden-Württemberg: Ein historischer Vormittag. Als erster grüner Ministerpräsident erläutert Winfried Kretschmann den Abgeordneten die politischen Leitlinien und Vorhaben seiner Koalition aus Bündnis90/Die Grünen und SPD. „Diese Regierung will eine Politik des Gehörtwerdens“¹, so der baden-württembergische Regierungschef in seiner Regierungserklärung. Damit erhob er den Wahlslogan, der unter dem Eindruck der Auseinandersetzungen um das Bahnprojekt Stuttgart 21 und der Reaktorkatastrophe in Fukushima zum Erfolg seiner Partei und mithin zum historischen Machtwechsel im CDU-Stammland beigetragen hatte, zum Regierungsprogramm.

Die Worte Kretschmanns blieben auch in Rottweil, der ältesten Stadt Baden-Württembergs, nicht ungehört. Dort plant die Landesregierung Baden-Württembergs seit den 1970er Jahren eine Zentralisierung der umliegenden Landesvollzugs- und anderer Haftanstalten. Obwohl die Bürgerinnen und Bürger Rottweils sich uneins waren, ob Rottweil als Standort dienen sollte, bewarb sich die Stadt bereits 2007 für den Bau der neuen Justizvollzugsanstalt (JVA). Insbesondere die Gegner dieses Vorhabens, die sich bis dato von der Politik übergangen fühlten, schöpften aus Kretschmanns Regierungserklärung neue Hoffnung, ihre Interessen durchsetzen zu können. Schließlich sollten nach Aussage des Ministerpräsidenten die politischen Strukturen und Verfahren unter seiner Führung so verändert werden, dass „Bürgerinnen und Bürger Gehör finden – auch außerhalb der Wahltage“².

1 Die vorliegende Falldarstellung ist im Rahmen des von Prof. Dr. Manuela Glaab verantworteten und Daniel Reichard M.A. koordinierten Lehrprojekts „Fallbasierte kompetenzorientierte Lehre: Von der Falldarstellung zum Case Teaching“ im Wintersemester 2014/15 unter Mitarbeit von Studierenden am Campus Landau entstanden. Der Case ist das Ergebnis der studiengangübergreifenden Blockveranstaltung „Schreibwerkstatt: Problemorientiert denken – erfolgreich schreiben“.

Die Beobachter im Land blickten gespannt darauf, inwieweit die grün-rote Landesregierung die politisch notwendige Entscheidung über den Neubau der JVA mit ihrem Credo der „Politik des Gehörtwerdens“ und der damit beförderten Erwartungshaltung der Bürger in Einklang bringen würde.

Standortsuche seit Jahrzehnten schwierig

Im April 2007 hatte die Landesregierung Baden-Württemberg aus CDU und FDP das Haftplatzentwicklungsprogramm „Justizvollzug 2015“ publiziert, das anschließend im Juli desselben Jahres vom Ministerrat verabschiedet wurde. Dieses Programm sah die Schließung von unwirtschaftlichen und kleinen Haftanstalten vor und zielte zugleich darauf ab, die Haftplätze in große und zusammengefasste Haftanstalten zu überführen. Das Finanz- und Justizministerium erarbeiteten diesen Plan gemeinsam und gaben, wie schon der Name des Programms verrät, das Jahr 2015 als Zieldatum vor, bis zu dem sämtliche Arbeitsschritte erfolgt sein sollten.

Für die Umsetzung der Zielvorgaben des Haftplatzentwicklungsprogramms war auch die Stadt Rottweil vorgesehen. Rottweil sollte eine völlig neue Haftanstalt für bis zu 600 Häftlinge erhalten und zudem in einem Nebenbau 30-40 Freigänger unterbringen. Die große Kreisstadt, deren Geschichte als Justizstandort bis ins Mittelalter zurückreicht, ist bereits seit den 1970er Jahren darauf bedacht, ein Gelände für einen Gefängnisneubau vorzuhalten. Entsprechend hatten Land und Stadt jahrzehntelang den Standort *Stallberg* im Flächennutzungsplan verankert.

Ende 2008 dann musste sich das Land vom favorisierten Standort *Stallberg* verabschieden, da Probebohrungen auf dem Areal zeigten, dass die Statik für ein Gefängnis dieser Größe aufgrund der Gipsschichten im Boden nicht zu gewährleisten sei. In der Folge beauftragte die schwarz-gelbe Landesregierung die Stadt Rottweil, alternative Standorte zu suchen. Schließlich brauche und wolle Rottweil dringend ein neues Gefängnis, aus folgenden Gründen: Das alte stamme von 1860 und platze aus allen Nähten. Ein neues Großgefängnis würde weniger Ausbrüche und mehr Sicherheit bringen, spüle jährlich 400.000 Euro in die

Stadtkasse und schaffe etliche Arbeitsplätze. Doch wie schon beim Standort *Stallberg* erwiesen sich auch die neuen Areale aus unterschiedlichen Gründen als ungeeignet.

Im Ergebnis blieb das *Gewann „Im Esch“*² als Standort übrig. Gleichwohl begegnete das Gros der Kommunalpolitiker auch diesem Standort mit Skepsis. Nicht nur, dass Grüne, SPD und CDU diese Planung nacheinander ablehnten. Auch der parteilose Oberbürgermeister der Stadt, Thomas Engeser, äußerte, dass er das Gelände „nicht zur Baureife“ bringen wolle. Allerdings gaben Probebohrungen bis dahin keinerlei Grund zur Beanstandung des Standorts. Insofern war zu erwarten, dass schon bald ein Bauantrag des Landes beim Gemeinderat eingehen würde. Der damalige Grünen-Politiker Max Burger kritisierte bereits zu diesem Zeitpunkt nachdrücklich, dass es sich bei dem avisierten Standort um schützenswerte Natur handele. Das Areal *Im Esch* sei „nicht als Bebauungsgebiet ausgewiesen“, so Burger. Zudem stelle das Gebiet sowohl ein wichtigen Rückzugsraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten als auch ein Naherholungsgebiet für die Bürger der Stadt Rottweil dar.³ Letztlich müsse die Stadt einen neuen Standort ausfindig machen, so die Forderung von Burger und dessen Initiative „Neckarburg ohne Gefängnis“.

Der Konflikt beginnt

Die Debatte um potenzielle Standorte für den JVA-Neubau erhielt im Januar 2010 neue Impulse. Der am 5. April 2009 neu gewählte Rottweiler Oberbürgermeister Ralf Broß, der als parteiloser Kandidat die Unterstützung von SPD und CDU erhielt, stellte zwei neue Standortoptionen vor: die Gebiete *Bitzwäldle* und *Mittelberg*.⁴ Dem Gemeinderat wurde die Entscheidung überlassen, welcher dieser beiden – oder gar beide – Standorte der Landesregierung vorgeschlagen würden. Wie bereits sein Amtsvorgänger machte sich auch Broß insgesamt für das neue Großgefängnis in Rottweil stark. Er argumentierte dabei aber nicht primär mit den entstehenden Arbeitsplätzen, sondern führte die gesellschaftliche Verantwortung im Hinblick auf die Resozialisierung von Inhaftierten als Hauptargument an. Der weitere Fahrplan sah vor, dass der Gemeinderat Ende Februar 2010 über den neuen Standortvorschlag entscheiden und der Landesregierung sein weiteres Interesse bekunden

2 Das Gewann „Im Esch“ ist ein Gebiet bzw. eine Naturfläche in Rottweil.

sollte. Anschließend sollte die Öffentlichkeit über den jüngsten Planungsstand informiert werden.

Doch noch bevor der Gemeinderat zusammentrat, formierte sich in der Bürgerschaft „massiver Protest“. In den Rottweiler Stadtteilen Zepfenhahn und Neukirch gründete sich eine Bürgerinitiative gegen den geplanten Bau der JVA an den Standorten *Bitzwäldle* und *Mittelberg*. Eine JVA in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft lehnten die Anwohner der beiden Stadtteile nicht zuletzt deswegen ab, da „das Gefängnis „als landschaftszerstörendes Element auf weiter Sich in freier Flur“ stünde.⁵

Aufgrund dieser Widerstände wurde als weiterer möglicher Standort *Mittelberg* ins Visier genommen. Da die Grundstücke des Areals aber mehr als 30 verschiedenen Eigentümern gehörten, wurden diese Erwägungen angesichts drohender komplizierter Verhandlungen frühzeitig wieder fallen gelassen. Alternativ wendete sich die Kommunalpolitik dem Standort *Hochwald* zu. Untersuchungen zeigten hier jedoch zu große Unebenheiten des Bodens auf. Und auch die mit dem Justizministerium geführten Sondierungsgespräche ließen erkennen, dass die Standorte *Mittelberg* und *Hochwald* die Landesregierung als Bebauungsgebiete nicht überzeugten. Obwohl zuletzt als Standort verworfen, ließ diese Planungssituation das Areal *Im Esch* wieder auf die Agenda rücken. Das Esch geriet auch deshalb wieder in den Fokus, da dem Standort *Bitzwäldle* mittlerweile eine höhere ökologische Wertigkeit zugeschrieben wurde. Parallel zum verstrickten Ringen um ein geeignetes Bebauungsgebiet formierte sich die öffentliche Debatte neu.

Zwei Lager bilden sich

In der Auseinandersetzung zwischen Politik und Bevölkerung ging es längst nicht mehr nur um den Standort. Die Fronten verliefen immer stärker zwischen Gegnern und Befürwortern eines neuen Gefängnisses in Rottweil. Insbesondere die Proteststimmen gegen die geplante JVA verschafften sich zusehends Gehör: Am 07. März demonstrierten 1.400 Bürgerinnen und Bürger – vornehmlich aus den umliegenden Gemeinden – in Rottweil gegen eine neue Justizvollzugsanstalt.⁶

Neben Fragen zur Sicherheit oder der sozialen Verträglichkeit eines solchen Vorhabens wurde sich in der Debatte nun auch mit der wirtschaftlichen Verträglichkeit eines Gefängnisneubaus befasst⁷. War von Seiten der Politik bislang vor allem damit geworben worden, dass mehr als 250 Arbeitsplätze durch das neue Gefängnis entstehen würden, dass die Stadtkasse Mehreinnahmen von rund 400.000€ pro Jahr erwarten würden und dass es zu Folgeaufträgen für die heimische Wirtschaft kommen würde, stand nun die Frage im Raum, wie verträglich dieses Gefängnis für die Rottweiler Wirtschaft tatsächlich wäre. Unstrittig war, dass eine neue Justizvollzugsanstalt Arbeitsplätze mit sich bringen würde. Im Rahmen des sogenannten "Vollzuglichen Arbeitswesens" innerhalb der JVA würden jedoch Arbeitskräfte zur Produktion von zumeist handwerklichen Erzeugnissen eingesetzt, die letztlich in Konkurrenz zu anderen regionalen Anbietern treten würden. Zudem sei unklar, wie das „Vollzugliche Arbeitswesen“ (VAW) in Rottweil konkret aussehen solle. Das Justizministerium ließ durch seinen Pressesprecher Stefan Wirz hierzu ausrichten, dass „im gegenwärtigen Stadium“ keine Aussagen über die Art der Eigenbetriebe oder die Zahl der im VAW beschäftigten Häftlinge getätigt werden könnten.

Markus Wexel, Kreisgeschäftsführer der IHK Nordschwarzwald, begegnete den Vorwürfen möglicher wirtschaftlicher Einbußen: „Für die Industrie in unserem Bereich entsteht durch die beiden Einrichtungen kein Nachteil.“⁸ Hubert Fluhr, Leitender Regierungsdirektor der JVAs Heimsheim und Pforzheim, betonte die für vollzugliche Arbeitswesen bestehenden Vorschriften, die sicherstellen würden, dass sich die Preise der hergestellten Waren „am regionalen Markt orientieren“ müssen. Auch für die Lohnpolitik würden für die regionale Wirtschaft keine Nachteile resultieren: „Dumping-Löhne gibt es bei uns nicht“, so der leitende JVA-Regierungsdirektor.

Für die Gefängnisgegner ging es aber nicht nur um wirtschaftliche Folgewirkungen. Sie hegten grundsätzliche Bedenken. „Das wird ein 600-Insassen-Gefängnis in einem Dörfchen mit 600 Einwohnern. Das ist einfach unverhältnismäßig“, so Ursula Berner, Sprecherin der Bürgerinitiative gegen das Großgefängnis, die im Rottweiler Ortsteil Neukirch lebt.⁹ Die Anwohner würden wegen der Freigänger nicht nur um ihre Sicherheit fürchten, sondern auch ihre Wohnqualität erheblich beeinträchtigt sehen.

Martin Tolk, Präsident des Landgerichts Hechingen ergänzte die Bedenken. Bislang würden die Angeklagten vor Gerichtsverhandlungen in unterschiedlichen Gerichtsstandorten meist direkt neben den Gerichtsgebäuden einsitzen. Mit dem Bau der JVA in Rottweil würde diese Praxis beendet werden, weil dann alle Häftlinge in Rottweil inhaftiert würden und es keine anderen Anstalten im Umland mehr geben würde: "Durch die neue JVA werden die Entfernungen deutlich größer. Da können sich Hauptverhandlungen gerade im Winter schnell verzögern, weil die Gefangenen zu spät eintreffen", so Tolk.¹⁰

In einem Gespräch mit dem aktuellen Haftanstaltsleiter der JVA Rottweil, Matthias Weckerle, dem Forum für Rottweil sowie der Politischen Rottweiler Frauen-Initiative wurde im Februar 2010 das emotional stark belastete, aber bislang kaum differenzierte Thema der Freigänger erörtert. In der Diskussion bemühte der Haftanstaltsleiter Weckerle Zahlen: 1.700 Mal beurlaubte die Gefängnisverwaltung Häftlinge in den zurückliegenden Jahren. Kein Einziger ergriff die Flucht. Von 1.300 Freigängern fanden lediglich drei den Weg nicht zurück in die JVA nach Rottweil. Von den 3.000 Freigängern und Hafturlaubern verübte insgesamt nur ein Einziger eine Straftat: Fahren ohne Führerschein. Überdies wies Weckerle daraufhin, dass Häftlinge mit Suchtproblematiken und Sexualstraftäter nicht in den Freigang kämen. Kurzum: Von Freigängern gehe keine Gefahr aus, so der Haftanstaltsleiter.¹¹

Neue Beteiligungswege oder: die Hoffnung auf Mitbestimmung

Entgegen der ursprünglichen Planung, im Februar 2010 eine Entscheidung zu treffen, war auch im Juli des Jahres die Standortfrage noch immer ungeklärt. Das wenig entschlossene Handeln der Entscheidungsträger wurde von den Bürgerinitiativen kritisiert, die sich in einem Interview mit dem Schwarzwälder Boten aus dem Juli 2010 nun auch öffentlich darüber beschwerten, von der Politik allein gelassen zu werden.¹² Unter den Teilnehmern der Informationsrunden und Arbeitsgruppen *Im Ochsen* wurden neue Lösungswege für die verfahrenere Situation um den Gefängnisneubau diskutiert. Die Bürger sollten in einem ersten Schritt befragt werden, ob sie das Gefängnis tatsächlich wollten. Solch ein Bürgerentscheid

könne abschließend klären, ob eine weitere Standortsuche überhaupt anzustrengen sei. Bei einem Bauvorhaben dieser Größenordnung sei schließlich die Meinung der in der unmittelbaren Umgebung lebenden Bürger zweifelsohne von Bedeutung.

Doch im Moment grassierte bei den Gegnern der JVA vor allem eine große Enttäuschung darüber, dass nicht ein einziger Gemeinderat den Widerstand gegen das Gefängnis unterstützte. Dies mündete in einem Ohnmachtsgefühl der JVA-Gegner.¹³ Aus diesem Gefühl heraus, wurde der Wunsch nach Mitbestimmung immer größer. Die anstehenden Landtagswahlen im März 2011 sollte den Gegnern eine Gelegenheit bieten, ihrer Hoffnung auf ein Mehr an Beteiligung Ausdruck zu verleihen. Insbesondere mit den Grünen mit ihrem aus der Auseinandersetzung um das Bahnprojekt Stuttgart 21 gespeisten Wahlversprechen einer „Politik des Gehörtwerdens“ konnten sich die Gegner der geplanten Haftanstalt identifizieren.

Historischer Regierungswechsel: Die Politik des Gehörtwerdens

Dem Wahlversprechen der Grünen, den Bürgern „eine realistische Option auf Mitsprache, auf direkte Demokratie“¹⁴ zu ermöglichen, verfiel neben weiteren Gründen (u.a. Reaktorkatastrophe Fukushima) zu weiten Teilen bei der Wählerschaft Baden-Württembergs. Am Wahlabend feierte der grüne Landesverband das bis dato beste Zweitstimmenergebnis seiner Geschichte, das den Weg für den ersten grünen Ministerpräsidenten Deutschlands ebnete. Im Wahlkreis Rottweil-Zepfenhahn verzeichneten die Grünen große Zugewinne. Dort legte die Partei gegenüber 2006 um gut 56 Prozentpunkte zu und erhielt 60 Prozent der Zweitstimmen.¹⁵ Die JVA-Gegner setzten auf das Wahlversprechen von Spitzenkandidat Winfried Kretschmann, die Bürger stärker in die Politik einzubinden. Anlass zur Hoffnung gab es vor allem durch Kretschmanns Äußerungen im Wahlkampf, dass er „einen neuen Suchlauf nach einem Standort“¹⁶ starten wolle. Weitere Wortmeldungen aus dem Lager der grün-roten Koalition befeuerten den Optimismus der Rottweiler Gefängnisgegner. Es sei Zeit, die Uhr wieder auf Start zu drehen“¹⁷, äußerte etwa der SPD-Landtagsabgeordnete Hans-Martin Haller in Bezug auf den Bau der JVA.

Worte oder Taten? Die CDU mit Einigungsversuch

Nun war es Aufgabe der grün-roten Landesregierung, Kretschmanns Wahlversprechen umzusetzen. Dabei barg die Gemengelage aus Befürwortern und Gegnern des JVA-Baus in Rottweil für das Kretschmann-Credo einer „Politik des Gehörtwerdens“ einige Herausforderungen. Während die neue Regierung aus Grünen und SPD den im Wahlkampf versprochenen neuen, ergebnisoffenen Standortsuchlauf vorbereitete, war es die CDU, die einen ersten Vorstoß für einen Einigungsversuch im Fall Rottweil wagte. Mitte April 2011 lud der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Peter Hauk, die Streitparteien zu einem Gespräch nach Stuttgart ein. Schömbergs Bürgermeister, Karl-Josef Sprenger, die Ortsvorsteher von Schörzingen und Zepfenahn, Josef Rissler und Eugen Mager, zwei Bodenkundler, Dr. Jürgen Kühn und Jochen Baumann, und Vertreter der Bürgerinitiative gegen den Bau in Rottweil, Henning Theobald und Ingeborg Gekle-Maier, folgten Hauks Einladung in die Landeshauptstadt.¹⁸ Als Ergebnis dieses Treffens wurden für die weitere Vorgehensweise der Standortsuche mehrere Übereinstimmungen festgestellt: Alle Anwesenden waren sich darin einig, dass der Bau einer JVA für das Land notwendig sei. Die Fokussierung des Standortes Rottweil sei jedoch unangemessen. Das Wahlversprechen, einen ergebnisoffenen Suchlauf für alternative Standorte auch außerhalb der Stadt Rottweil zu starten, müsse umgesetzt werden. Bei der Suche müssten stillgelegte Bundeswehrstandorte ebenso berücksichtigt werden wie ehemaligen Industrie- und Gewerbegebiete. Außerdem stimmten die Teilnehmer der Gesprächsrunde darin überein, dass eine Fokussierung auf den Standort Bitzwald nicht zielführend sei. Es bestünde ohnehin noch Zeit, einen Standort für die JVA zu suchen, da die nötigen Finanzmittel für den Bau noch nicht bereitgestellt seien. „Sie können davon ausgehen, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Zwang haben, das Verfahren jetzt umzusetzen“, so CDU-Fraktionschef Hauck abschließend.¹⁹

Ein Wahlversprechen mit Folgen: Ergebnisoffene Standortsuche

Mit Voranschreiten des neuen, ergebnisoffenen Suchlaufs der grün-roten Landesregierung zeigte sich, wie schwierig die Umsetzung des Wahlversprechens werden würde. Frühzeitig

hatten die Stadtverwaltungen der Städte Tuttlingen, Donaueschingen und Villingen-Schwenningen eine Beteiligung am neuen Suchlauf abgelehnt.²⁰ So blieb zunächst allein Rottweil, dessen Stadtverwaltung und OB Broß weiterhin darauf hofften, dass „auf eigener Gemarkung“²¹ eine neue Justizvollzugsanstalt entstehen würde. Die Gegenstimmen ließen nicht lange auf sich warten: Der 800 Mitglieder starke *Verein zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft* (NAKU) hatte sich mit der Bürgerinitiative in Rottweil zusammengeschlossen, um eine Broschüre mit dem Titel „Der transparente Weg zum Justizvollzug 2019 – JVA zwischen Rottenburg, Sigmaringen, Waldshut“²² an die kommunal- und landespolitisch Verantwortlichen zu übergeben, die sie als „Chronologie einer optimalen Vorgehensweise bei der Planung moderner Haftplatzbedingungen“²³ verstanden wissen wollten.

Auch der Ortschaftsrat Rottweil-Zepfenhahn hatte einen Brief an die Landesregierung verfasst, um sich gegen den Bau der JVA auszusprechen. Das „Naturparadies“ Bitzwäldle zu erhalten, so lautete die Forderung. In seinem Brief kündigte der Ortschaftsrat an, „als einst selbständige Gemeinde mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Ablehnung für den JVA-Standort durchzusetzen und auf eine langjährige gerichtliche Auseinandersetzung mit der Stadt Rottweil“ zuzusteuern.²⁴

Das Ringen um den JVA-Standort

Gegen Ende des Jahres 2011 bekundeten immer mehr Städte ihr Interesse am Bau des Großgefängnisses. So gaben etwa die Bürgermeister Volker Derbogen aus Rottenburg und Armin Jöchle aus Eutlingen ihre Bewerbungen für das Bauprojekt beim Land bekannt. Die beiden Nachbargemeinden sahen in dem zwischen Eutlingen und Rottenburg-Baisingen gelegenen ehemaligen Militärflugplatz einen möglichen Standort²⁵. Auch die Stadt Mengen stellte Überlegungen für eine Bewerbung an. Bürgermeister Stefan Bubeck schlug als Standort die Oberschwabenkaserne vor, die aufgrund der Bundeswehrreform ab 2013 leer stehen würde²⁶. Allerdings lagen beide potenziellen Standorte nicht im gewünschten Gebiet der Landesregierung, die das Städtedreieck Tuttlingen-Rottweil-Donaueschingen präferierte. Schließlich sollte die JVA den Landgerichtsbezirken Hechingen, Rottweil, Waldshut-Tiengen

und Konstanz angehören²⁷.

Die in Rottweil mehrfach diskutierten, umstrittenen Standorte waren weiter vorstellbar: Mit Bitzwäldle und Stallberg würde es die Stadt erneut versuchen. Private Grundstückeigentümer boten im Rahmen des neuen Suchlaufs der Landesregierung die bekannte Areale Esch und Hochwald erneut an²⁸. Allerdings setzte sich der Ortschaftsrat der Nachbargemeinde Zepfenhan gegen eine Bewerbung mit dem Bitzwäldle weiterhin entschieden zur Wehr. Als Argumente führte er die hohe Artenvielfalt im Bitzwäldle und die Störung der Sozialstruktur an, die durch die Gefängnisinsassen drohe. Trotzdem verfolgte man in Rottweil das Ziel, JVA-Standort zu werden, unbeirrt weiter. Der damalige Ortschafts-, Stadt- und Kreisrat Jens Jäger (SPD), zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Landesregierung die Anstrengungen, die die Stadt Rottweil seit Jahrzehnten unternahm, um der neue JVA-Standort zu werden, nicht berücksichtigte. Das Gefängnis sei wichtig für die Infrastruktur der Kommune, darum wolle man auch darum kämpfen²⁹.

Im März 2012 wurde die Bewerbung von Rottenburg-Baisingen mit dem Militärflugplatz offiziell³⁰. Allerdings wehrten sich die Baisinger Einwohner dagegen, die in einer erfolgreichen Bewerbung die Gesellschaftsstruktur insofern bedroht sahen, als 500 bis 700 Gefangene auf 1.200 Bürger kommen würden. Auch in Rottweil gab es Schwierigkeiten. Zwar stand die Bevölkerung insgesamt hinter den Plänen, JVA-Standort zu werden, doch kritisierten viele die von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte Bitzwäldle und Stallberg. Der Untergrund des Stallbergs galt wegen des hohen Gipsanteils als nicht bebaubar und gegen das Bitzwäldle protestierten Naturschützer sowie Einwohner der angrenzenden Kommunen. Weitere Bewerber waren die Städte Hechingen und Meßstetten, deren Gemeinderäte im JVA-Bau vor allem Vorteile bezüglich der steigenden Einwohnerzahl und der besseren Wirtschaft sahen³¹. Das Amt für Vermögen und Bau war nun dabei, sämtliche Vorschläge zu prüfen³². Der Rottweiler Oberbürgermeister Ralf Broß zeigte sich von Gegnern und Konkurrenten unbeeindruckt: "Ich stehe zu meiner Haltung, die Stadt braucht die JVA, wir wären doch blöd, wenn wir es nicht machen würden. Ich werde darum kämpfen, dass sie kommt"³³

Hinter den Kulissen

Im November 2012 war der ergebnisoffene Suchlauf der grün-roten Landesregierung für den

JVA-Standort abgeschlossen. Der Baisinger Ortsvorsteher Horst Schuh vermutete zu diesem Zeitpunkt bereits, dass die Entscheidung zumindest nicht auf seine Kommune fallen würde, da der Landesbetrieb für Vermögen und Bau noch immer keinen Kontakt mit der Stadt Rottenburg aufgenommen hatte³⁴. Als eine geheime Liste des Finanzministeriums mit den Favoriten der Kretschmann-Regierung für den neuen JVA-Standort öffentlich wurde, kamen neue Fakten ans Licht. Der Liste zufolge lag Rottweil mit den Standorten Bitzwäldle, Stallberg, Esch und Hochwald nur auf Platz drei. Auf den vorderen Plätzen fanden sich die Stadt Tuningen und deren Nachbarort Weigheim. Ein Landwirt hatte seine Flächen angeboten, die sich in beiden Kommunen befanden³⁵. Auch wenn die Landesregierung sofort verlauten ließ, dass noch keine Entscheidung gefallen sei, tendierte sie zum Standort Tuningen/Weigheim, der nun genauer untersucht werden sollte³⁶. Gänzlich aus dem Rennen war inzwischen der Standort Hechingen. Hoffnung bestand noch in Rottweil und Meßstetten. Insbesondere die Rottweiler Befürworter der JVA setzten darauf, dass die favorisierten Pläne der Landesregierung an den baurechtlichen Rahmenbedingungen oder einer Entscheidung der Tuninger und Weigheimer Bürger scheitern würden; dann hätte ihre Kommune noch eine Chance³⁷.

Sieger der ersten Runde?

Die Untersuchungen des Standortes Tuningen/Weigheim wurden rasch angegangen. Bereits im Februar 2013 wurde über erste Bohrungen berichtet³⁸. Drei Monate später wurde die Debatte um einen weiteren Standort ergänzt: Ein Landwirt stellte einen weiteren möglichen Standort in Tuningen in Aussicht: das ehemalige Betriebsgelände der Firma Liapor. Die Stadt Rottweil kritisierte das Interesse der Regierung an dieser Option, schließlich sei die Bewerbungsfrist bereits Ende März 2012 abgelaufen³⁹. SPD-Vize-Ministerpräsident Nils Schmid versuchte zu beruhigen. In einem Gespräch mit dem Rottweiler Oberbürgermeister Ralf Broß und Vertretern der Gemeinderatsfraktionen versicherte Schmid, dass Rottweil als Standort noch nicht abgeschrieben sei⁴⁰.

Ende des Jahres 2013 wurden erste Ergebnisse der Bodenuntersuchungen in Tuningen/Weigheim bekannt. Die entnommenen Bodenproben ergaben, dass der Gefängnisneubau auf dem in Frage kommenden Gelände unter anderem wegen eines zu

hohen Grundwasserstandes „mit einem deutlichen Mehraufwand“ verbunden sein würde. Der jüngst durch eine Privatperson eingebrachte Standort Liapor wurde noch überprüft⁴¹. Zum Jahreswechsel 2013 kündigte Tuningens Bürgermeister Jürgen Roth (CDU) an: Sollte die Landesregierung sich für seine Gemeinde als Standort entscheiden, würde ein Bürgerentscheid folgen. „Das hat der Gemeinderat beschlossen“⁴², so Roth. Bis dato war aber gänzlich unklar, wie sich die Koalition aus Grünen und SPD positionieren würde. Bürger und Kommunalpolitik in Tuningen, Weigheim und Rottweil warteten gespannt auf ein Signal aus Stuttgart. Im Februar 2014 war es dann soweit: Justiz- und Landesministerium gaben bekannt, dass sie sich für Tuningen als Standort entschieden hatten.⁴³

Anfang Juli bekamen die Tuninger die zuvor von Bürgermeister Roth angekündigte Möglichkeit, in einem Bürgerentscheid ihre Stimme für oder gegen das Projekt abzugeben, von der sie auch Gebrauch machten. 73 Prozent der wahlberechtigten Tuninger nahmen an der Abstimmung teil. Mit 953 Neinstimmen (56,8 Prozent) votierte die Mehrheit der Stimmbürger gegen den JVA-Neubau auf dem Gelände der Firma Liapor in Tuningen. Bürgermeister Roth versicherte entsprechend: „Damit ist das Thema für Tuningen vom Tisch“. Auch die Landesregierung verwarf Tuningen als Standort. Gegen den Willen der Bevölkerung lasse sich ein solches Vorhaben nicht durchsetzen, so Gisela Erler (Bündnis90/Die Grünen), Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg⁴⁴.

Alles offen? Die Standortsuche geht weiter

Die Standortsuche musste also neuerlich fortgesetzt werden. Als Optionen verblieben Weigheim, Rottweil mit den Gebieten Esch und Hochwald sowie die Stadt Meßstetten auf der Alb mit ihrem Konversionskonzept für den ehemaligen Luftwaffenstützpunkt. Der Meßstettener Bürgermeister Lothar Mennig, dem inzwischen die Bewertungsmatrix des Landes vorlag, kritisierte, dass den Entscheidungsträgern im Land die Autobahnnähe augenscheinlicher wichtiger sei als die Akzeptanz, die das Projekt im Gemeinderat und bei der Bevölkerung in Meßstetten nach seiner Einschätzung finden würde⁴⁵. Die Landesregierung in Person des Justizministers Rainer Stickelberger (SPD) betonte, dass die Standortsuche „mit größtmöglicher Transparenz“⁴⁶ erfolge. Man stelle sich auch den

kritischen Stimmen der Bürger, mit Protesten sei „immer zu rechnen“. ⁴⁷

Der Justizminister sollte Recht behalten: Der zuvor in Rottweil wahrnehmbare Protest mobilisierte noch immer viele Gegner der Standorte Esch und Hochwald. Zur Wehr setzten sich vor allem Naturschützer⁴⁸. Zudem organisierten die Bewohner von Hochwald Protestaktionen, indem sie beispielsweise Unterschriften gegen den Neubau in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft sammelten. Gegen den Standort Esch kam zusätzlich Kritik aus der Umlandgemeinde Villingendorf, dessen Bewohner sich um das Landschaftsbild sorgten⁴⁹. Unterdessen ließ die Landesregierung alle Standorte in Meßstetten, Weigheim und Rottweil, auch das Bitzwäldle und den Stallberg, vertieft untersuchen, um die Daten zu den potenziellen Baustandorten aktualisieren zu können⁵⁰.

Im März 2015 erklärte Justizminister Rainer Stickelberger in einem Schreiben an die CDU-Landtagsfraktion, dass Weigheim und Rottweil-Stallberg aufgrund mangelnder Eignung des Baugrundes nicht länger als JVA-Standort in Betracht gezogen werden würden. ⁵¹ Zuvor hatten unter anderem die Abgeordneten Stefan Teufel (Wahlkreis Rottweil) und Günther-Martin Pauli (Zollernalbkreis) bei der Landesregierung bezüglich der Kriterien der Standortbestimmung für den JVA-Neubau nachgehakt.⁵² Aus dem Schreiben des Justizministeriums ging hervor, dass noch im Frühsommer 2015 eine Entscheidung getroffen werden solle.⁵³ Es ginge jetzt vor allem darum, „den Prozess zur Entscheidungsfindung gegenüber der Öffentlichkeit ausreichend zu dokumentieren und angemessen zu erläutern“⁵⁴, so das Ministerium. Möglichen weiteren Bürgerentscheiden der im Suchlauf befindlichen Kommune stünde die Landesregierung offen gegenüber: „Die Schaffung einer breiten Akzeptanz wird durch die Landesregierung begrüßt und unterstützt.“⁵⁵

Als verbliebene Optionen konkurrierten Meßstetten und Rottweil weiter um den JVA-Standort. Die grüne Landesregierung brachte dabei insbesondere die Situation in Rottweil in eine Zwickmühle, gar in einen „Gewissenskonflikt“⁵⁶: Einerseits war die Stadt der günstigere Standort und bemühte sich seit Jahrzehnten um das Gefängnis, das ihr viele Vorteile bringen würde. Andererseits würde der Bau einen Eingriff in die Ökologie und Landschaft Rottweils bedeuten⁵⁷. Dass sich beim Gefängnisbau passende Ausgleichsmaßnahmen für die Natur und Landschaft finden lassen können, zeigt der Runde Tisch in Rottweil, an dem fast 40 Vertreter von Landes- und Stadtverwaltung, Gemeinderat, Politik, Behörden, Umlandgemeinden, Justiz, Bürgerinitiative, Naturschutz und Kirche ihre Standpunkte und Argumente

austauschten⁵⁸⁵⁹. Es gehe in Rottweil inzwischen weniger um das Ob des Gefängnisneubaus, sondern vielmehr „um das Wo“, so Staatsrätin Erler am Rande des Runden Tisches zur JVA. Als verbleibender Konflikt stand dabei die „Entscheidung zwischen Ökologie und Vollzug“ im Raum⁶⁰. Wenngleich dieser Konflikt im Rahmen der umgesetzten Beteiligungsmaßnahmen nicht vollends auszuräumen war, gab eine Bürgerversammlung im Mai 2015 zu erkennen, dass in Rottweil neben der Verwaltung nunmehr auch weite Teile der Bürger hinter dem Projekt Gefängnisneubau standen.⁶¹ Allein die Standortfrage erhitze weiterhin die Gemüter, wie Beobachter am Rande der Diskussionsveranstaltung konstatierten.⁶²

Im Juni reichten die Bürgermeister von Rottweil und Meßstetten zum zweiten Mal ihre Bewerbung in Stuttgart ein⁶³. Die Landesregierung musste zwischen diesen zwei verbleibenden Alternativen abwägen, ein neuer Suchlauf für weitere Alternativstandorte wurde ausgeschlossen.⁶⁴ Wenige Wochen später folgte die Kabinettsentscheidung: Sie fiel auf Rottweil. Eine bessere Infrastruktur, kürzere Wege und geringere Kosten führte die Landesregierung zur Entscheidungsbegründung an.⁶⁵ Das letzte Wort aber sollten die Rottweiler Bürger haben.

Rottweil auf dem Weg zum Bürgerentscheid

Die Gegner der JVA in Rottweil, die sich in der Initiative „Neckarburg ohne Gefängnis“ organisierten, gingen weiter gegen die bestehenden Planungen vor. Die Bürgerinitiative griff die bestehende Konfliktlage auf: Man befürworte ein Gefängnis in Rottweil, spreche sich allerdings klar gegen den Standort Im Esch aus.⁶⁶ Ziel sei es, einen Bürgerentscheid über den Gefängnisstandort herbeizuführen, so die Initiative „Neckarburg ohne Gefängnis“.⁶⁷ Um einen Bürgerentscheid herbeizuführen, wurde allerdings zunächst ein Quorum benötigt: Sieben Prozent aller wahlberechtigten Bürger müssen ein Bürgerbegehren mit Ihrer Unterschrift unterstützen. Für Rottweil benötigte die Bürgerinitiative damit 2.000 Unterschriften.⁶⁸ Diese Hürde hatte sie binnen weniger Wochen erreicht.⁶⁹ Ende August war der Weg für einen Bürgerentscheid geebnet. Für die Abstimmung wurde der 20. September 2015 fixiert.

Naturschutz contra Gefängnisbau: Grüne Uneinigkeit

Die langwierige Auseinandersetzung um den geeigneten Standort für den Gefängnisbau in Rottweil wurde für die Bündnisgrünen im Ländle zur Kraftprobe und belastete zunehmend das Selbstverständnis sowohl der Partei als auch deren Anhänger. Angesichts der von der Bürgerinitiative „Neckarburg ohne Gefängnis“ vorgebrachten Einwände, der Im Esch geplante Bau der JVA bedeute einen Eingriff in die Tier- und Pflanzenwelt, der die Landschaft gefährde, hatten die Gefängnisgegner in der Vergangenheit auch auf die Rottweiler Grünen gesetzt. Im Vorfeld des Bürgerentscheids sprachen sich Anfang September 2015 sechs (Vorstands-)Mitglieder des Grünen-Ortsvereins Rottweil öffentlich für den Standort Im Esch aus.⁷⁰ Ihr Argument für die Zustimmung: Die JVA wäre nicht nur ein wichtiges „Sozialprojekt“, sondern ermögliche Rottweil auch eine „nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“.⁷¹

Dieses Plädoyer sorgte bei einigen Rottweilern für Verwirrung: Sind die Grünen nun für das Gefängnis oder den Naturschutz?⁷² Der Grünen-Kreisverband Rottweil distanzierte sich von den Äußerungen des Ortsvereinsvorstands: Es sei unumstritten, dass ein neues Gefängnis benötigt werde und dieses auch in die Region gehöre, aber eben nicht Im Esch.⁷³ Der Sprecher der grünen Gemeinderatsfraktion betonte, man habe „sich von Anfang an gegen den Standort ausgesprochen“⁷⁴.

Fernab der Kommunalpolitik zeigten sich einzelne Rottweiler verwundert darüber, dass unter einem grünen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs überhaupt über eine JVA in einem schützenswerten Naturschutzgebiet ernsthaft nachgedacht werde. In einem offenen Brief an Ministerpräsident Kretschmann mahnte ein Rottweiler Bürger, „dass das Grün der Grünen immer weniger grünt“.⁷⁵

Der Entscheid über den Standort Esch: Haben es die Bürger in der Hand?

Bei einer Informationsveranstaltung für die Bürger Mitte September 2015 äußerte sich Staatsrätin Gisela Erler zur JVA Im Esch. Während der Veranstaltung wurde an Gisela Erler die

Frage gerichtet: Was passiert, wenn die Bürger mit „Nein“ stimmen? Wäre der Bau dann endgültig gescheitert? Daraufhin antwortete die Staatsrätin, dass hoheitliche Bauvorhaben, laut Baugesetzbuch, auch ohne die Zustimmung der Bürger durchgeführt werden können.⁷⁶ Als Reaktion ertete Gisela Erler von den JVA Gegnern heftigen Widerspruch.⁷⁷ Die Staatsrätin stellte klar, dass ihr die Bürgerbeteiligung sehr am Herzen liege, sie den Bürgerentscheid in Rottweil sehr unterstütze.⁷⁸ Sollte es zu einem Nein kommen, „müsse die Landesregierung damit umgehen“⁷⁹.

Nachdem der Bürgerentscheid im Vorfeld für einige Spannungen gesorgt hatte, war es am 20. September 2015 schließlich soweit: Die Rottweiler stimmten über den JVA-Standort „Im Esch“ ab. Zur Enttäuschung der JVA-Gegner sprachen sich 58,4 Prozent der stimmberechtigten Rottweiler im Bürgerentscheid für den Bau der JVA im Gewann Esch aus.⁸⁰ Zur großen Erleichterung der grün-roten Landesregierung fand die jahrzehntelange Standortsuche damit ein Ende. Man sei endlich „einen Schritt weiter“, war nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Abstimmung aus Stuttgart zu vernehmen.⁸¹

Bevor der Bau allerdings beginnen kann, muss durch einen Architektenwettbewerb erst noch entschieden werden, wer den Zuschlag für die Konstruktion erhält. Es ginge nun darum, die Vorgaben für den Architektenwettbewerb zu erarbeiten und abzustimmen. Hierbei sollen die Stadtverwaltung sowie die Bürger und deren Interessengruppen im Sinne der „Politik des Gehörtwerdens“ eingebunden werden.⁸²

Dass die Bürgerinnen und Bürger auch diesen Projektabschnitt kritisch begleiten wollen, ist anzunehmen. Jedenfalls setzen sich die Gegner der Justizvollzugsanstalt weiter intensiv mit den nun folgenden Baumaßnahmen auseinander. Bei der Bürgerinitiative „Neckarburg ohne Gefängnis“ herrscht weiterhin Einigkeit darüber, dass sie den Natur- und Tierschutz begleiten und überwachen werden. Dies sei wichtiger als die Überlegungen, wie denn das Gefängnis aussehen solle, sagte Henning Theobald, Sprecher der Bürgerinitiative.⁸³ Die Bürgerinitiative wolle sich nicht an der Gestaltung der JVA beteiligen. Außerdem führte er an, dass der Flächenverbrauch für den Bau der JVA bei circa 12 Hektar liege und hierfür ein Ausgleich für die Pflanzen und Tiere geschaffen werden müsse.⁸⁴ Mit der Fertigstellung der Justizvollzugsanstalt ist frühestens 2020 zu rechnen.⁸⁵

ENDNOTEN

- 1 Winfried, Kretschmann (2011): Regierungserklärung des Ministerpräsidenten In: Plenarprotokoll 15/4, Landtag von Baden-Württemberg, 25.05.2011, abzurufen unter http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Plp/15_0004_25052011.pdf, S. 26. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 2 Ebd.
- 3 Preiss, Gregor(2009): Geplantes Gefängnis in Rottweil: Zwingburg im Erholungsgebiet - <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.geplantes-gefaengnis-in-rottweil-zwingburg-im-erholungsgebiet.dc4ce887-9ef8-487d-ba9b-a975358678ee.html>. Zugegriffen : 26.11.2015.
- 4 Hahn, Arne: Rottweil - Verwaltung favorisiert Großgefängnis im Bitzwäldle <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-verwaltung-favorisiert-grossgefaengnis-im-bitzwaeldle.52e13990-41fd-4954-bcec-302560b4317d.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 5 Hahn, Arne (2010): Rottweil - Bürger wehren sich gegen geplantes Großgefängnis - <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-buerger-wehren-sich-gegen-geplantes-grossgefaengnis.bdb07f73-a037-406b-b4cb-9b752e1f5f7c.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 6 o.V. (2010): Demo gegen JVA in Rottweil.<http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.video-demo-gegen-jva-in-rottweil.e4440acc-27af-402f-b726-24398d437c12.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 7 Wolfer, Jürgen (2010): Rottweil - Gefängnis: Für Industrie entsteht kein Nachteil. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-gefaengnis-fuer-industrie-entsteht-kein-nachteil.dbdd76c0-67ea-4ce7-b8da-4baa11962303.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 8 Ebd.
- 9 O.V. (2010): Rottweil - Job-Motor oder Drogen-Zentrum? - Streit um Gefängnis - <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-job-motor-oder-drogen-zentrum-streit-um-gefaengnis.287047ea-d9a9-4991-8176-c656d2ed1fcb.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 10 Ebd.
- 11 o.V. (2010): Rottweil - JVA: Freigänger Gefahr für Bevölkerung? <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-jva-freigaenger-gefahr-fuer-bevoelkerung.2a126d55-744d-4a9c-bea3-3138c54515b0.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 12 Mauthe, Tina (2011): Rottweil: FWV spricht sich für JVA aus. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-fwv-spricht-sich-fuer-jva-aus.4d42fda3-bcc9-4e05-9e17-7669c9fbe2e1.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 13 Ebd.
- 14 Winfried, Kretschmann (2011): Regierungserklärung des Ministerpräsidenten In: Plenarprotokoll 15/4, Landtag von Baden-Württemberg, 25.05.2011, S.29 ff. http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Plp/15_0004_25052011.pdf. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 15 Nädele, Patrick (2011): Rottweil: Kleinmann halbiert. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-kleinmann-halbiert-ergebnis.0d22a768-805b-4d61-a746-10fb5e5cc3da.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 16 Nädele, Patrick & Bernd Visel (2011): Schömberg: Gefängnisgegner schöpfen Hoffnung. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.schoemberg-gefaengnisgegner-schoepfen-hoffnung.40d98c20-727a-4d11-8d71-5a3344f8754d.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 17 Ebd.
- 18 o.V. (2011): Rottweil: Gefängnis: CDU rückt von Position. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-gefaengnis-cdu-rueckt-von-position-ab.120dbd7d-c65e-41fd-9bc8-0036edfe01eb.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.
- 19 Ebd.
- 20 Schulz, Armin (2011): Rottweil: Gefängnis? Nachbarn lehnen ab. <http://www.schwarzwaelder->

bote.de/inhalt.rottweil-gefaengnis-nachbarn-lehnen-ab.5e48bbd7-85bf-45dd-9b05-39f9503bc8f9.html.

Zugegriffen: 26.11.2015.

21 Ebd.

22 o.V. (2011): Rottweil: Zepfenhan scheut den Rechtsstreit nicht. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-zepfenhan-scheut-den-rechtsstreit-nicht.9515049f-6740-4f7e-90a7-a171c2ce8699.html>.

Zugegriffen: 26.11.2015.

23 Ebd.

24 o.V. (2011): Rottweil: Zepfenhan scheut Streit. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-zepfenhan-scheut-streit-nicht.61cdc68a-d42e-403e-a304-067833eab8a8.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

25 Schülke, Christof (2011): Statt Rottweil: Rottenburg will das. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.statt-rottweil-rottenburg-will-das-grossgefaengnis.d14e5416-18a4-4f40-acc9-1f8b627824a1.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

26 o.V. (2011): Freudenstadt: Großgefängnis am Rand von Eutingen. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.freudenstadt-grossgefaengnis-am-rand-von-eutingen.db235a38-027d-455f-9cef-9372ec3b9363.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

27 Ebd.

28 Schulz, Armin (2012): Rottweil: Bitzwäldle nicht mehr. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-bitzwaeldle-nicht-mehr-allein.5818f903-8955-46c1-920c-e471097a173b.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

29 Nädele, Patrick (2012): Rottweil: Gefängnis geben wir nicht kampflös. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-gefaengnis-geben-wir-nicht-kampflös-ab.93870f21-dec9-4675-992a-666a50958ff1.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

30 Baum, Angela (2012): Rottenburg: Ein Schritt näher am Bau der JVA <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottenburg-ein-schritt-naeher-am-bau-der-jva.aedc0512-7a68-4097-9adf-89d51e4da16f.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.

31 Rath, Volker (2012): Zollernalbkreis: Wettlauf um Großknast. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.zollernalbkreis-wettlauf-um-grossknast-startet.4446c7c6-836c-4617-9adb-fcec7b664644.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.

32 Nädele, Patrick (2012): Großgefängnis: Buhlen um die neue JVA. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.grossgefaengnis-buhlen-um-die-neue-jva.217d8172-3429-4bfd-bbff-f3ad4f6e89ca.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

33 o.V. (2012): Rottweil: Endlich: Broß stellt sich den. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-endlich-bross-stellt-sich-den-fragen.6558f478-ab02-45f5-86ff-822ef5153f8c.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.

34 Müssigmann, Lena (2012): Rottenburg: JVA rückt für Baisingen in weite Ferne. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottenburg-jva-rueckt-fuer-baisingen-in-weite-ferne.6e90a725-8096-428f-8abc-96ece82e6091.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.

35 Schulz, Armin (2012): Rottweil: Gefangen im Suchlauf für JVA. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-gefangen-im-suchlauf-fuer-jva.f3c63231-c5f2-4edb-9dca-d4310b381f54.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.

36 Schulz, Armin (2012): Kreis Rottweil: Also doch: Gefängnis-Korb für Rottweil. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.kreis-rottweil-also-doch-gefaengnis-korb-fuer-rottweil.fcf940fd-d1b3-4c4e-b8a2-beb9d0354705.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.

37 Schulz, Armin (2012): Zollernalbkreis: Hat Meßstetten Gefängnis-Chance? <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.zollernalbkreis-hat-messstetten-gefaengnis-chance.5b72878e-1623-453e-920a->

[57c3a0a43ded.html](#). Zugegriffen: 27.11.2015.

- 38 Schulz, Armin (2013): Rottweil: Wieder Bohrungen für die JVA. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-wieder-bohrungen-fuer-die-jva.b66d7d72-7ffe-418c-a0a3-fbbf59fb383c.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 39 Nädele, Patrick (2013): Rottweil: Gefängnis noch nicht. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-gefaengnis-noch-nicht-abgeschrieben.c7692671-bf29-4dc5-996b-15a90c66a91b.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 40 o.V. (2013): Rottweil: Delegation zufrieden nach Besuch bei Schmid. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-delegation-zufrieden-nach-besuch-bei-schmid.2282bd0d-d43e-4a83-bd08-527575afeff9.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 41 Nädele, Patrick (2013): Rottweil: Wo soll das neue Gefängnis hin? <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-wo-soll-das-neue-gefaengnis-hin.c01b78fd-0444-499e-9426-381dc5301246.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 42 Ebd.
- 43 Spitz, Cornelia & Patrick Nädele (2014): Kreis Rottweil: Enttäuscht über JVA. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.kreis-rottweil-enttaeuscht-ueber-jva-entscheidung.d0e8a267-4710-46de-83d1-aaa4fae0dbd4.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 44 Schulz, Armin (2014): Rot-Grün muss weitersuchen: Wieder Abfuhr für Gefängnis-Pläne. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rot-gruen-muss-weitersuchen-wieder-abfuhr-fuer-gefaengnis-plaene.9e615303-2d01-42cc-bfad-aac63514afdb.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 45 Deckert, Ralf & Madlen Falke & Patrick Nädele & Martin Kistner (2014): Villingen-Schwenningen: Großgefängnis: Standortfrage nicht geklärt - <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.villingen-schwenningen-grossgefaengnis-standortfrage-nicht-geklaert.c27575eb-9e0b-4dce-96a2-c621a1e64b0c.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Schulz, Armin (2014): Rottweil: Großgefängnis: Widerstand bricht wieder auf. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-grossgefaengnis-widerstand-bricht-wieder-auf.eb325f50-e4cd-46d6-894e-d95eb038bc75.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 49 o.V. (2014): Rottweil: Thema JVA beherrscht. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-thema-jva-beherrscht-hochwaldkirbe.aa1d223e-1a38-45d7-b60c-da98e8ee28b6.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 50 Nädele, Patrick (2014): Rottweil: Großgefängnis: Bohrtrupps suchen nach JVA-Standort. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-grossgefaengnis-bohrtrupps-suchen-nach-jva-standort.f4cb9296-1fd4-4e1b-853d-5d10beed9b61.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 51 Schulz, Armin (2015): JVA: Entscheidung noch im Frühsommer 2015. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-jva-entscheidung-noch-im-fruehsommer-2015.47e232d1-af0d-41e2-abf4-ef4978d3c69a.html>. Zugegriffen: 27.11.2015.
- 52 Ebd.
- 53 Ebd.
- 54 Ebd.
- 55 Ebd.
- 56 Nädele, Patrick (2015) : Rottweil: Kretschmanns Dilemma und extreme Kröten. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-kretschmanns-dilemma-und-extreme-kroeten.39318424-2749-4d5d-9338->

[b25370ff3d6d.html](#). Zugegriffen: 13.12.2015.

57 Ebd.

58 Ebd.

59 Broß, Ralf (2016): Die Bürgerbeteiligung zum Neubau der JVA Rottweil. Ein Lehrbuchbeispiel direkter Demokratie? In: Manuela Glaab (Hg): Politik für Bürger. Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur. Wiesbaden: Springer VS, S. 289-301.

60 Ebd.

61 SWR Landesschau Link (2015): Landesschau Aktuell: Live- Video-Bericht von der Bürgerversammlung. <http://jvarottweil.de/landesschau-aktuell-live-video-bericht-von-der-buergerversammlung/>. Zugegriffen: 27.11.2015.

62 Ebd.

63 Rieger, Arnold (2015): Gefängnis-Neubau: Rottweil sticht Meßstetten bei JVA aus. <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.gefaengnis-neubau-rottweil-sticht-messstetten-bei-jva-aus.979cfbb2-dede-4586-ab12-510cef82159f.html>. Zugegriffen: 10.12.2015.

64 SWR Landesschau Link (2015): Landesschau Aktuell: Live- Video-Bericht von der Bürgerversammlung. <http://jvarottweil.de/landesschau-aktuell-live-video-bericht-von-der-buergerversammlung/>. Zugegriffen: 27.11.2015.

65 Rieger, Arnold (2015): Gefängnis-Neubau: Rottweil sticht Meßstetten bei JVA aus. <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.gefaengnis-neubau-rottweil-sticht-messstetten-bei-jva-aus.979cfbb2-dede-4586-ab12-510cef82159f.html>. Zugegriffen: 10.12.2015.

66 o.V. (2015): Bürgerentscheid über Rottweiler Gefängnis. http://www.nq-online.de/nq_52_31558_Buergerentscheid-ueber-Rottweiler-Gefaengnis-Standort.html. Zugegriffen: 10.12.2015

67 Ebd.

68 Himmelheber, Martin (2015): Justizministerium: Gefängnisentscheidung vor der Sommerpause. <http://www.nrwz.de/aktuelles/2015-07/justizministerium-gefaengnisentscheidung-vor-der-sommerpause/93072>. Zugegriffen: 13.12.2015.

69 o.V. (2015): Bürgerentscheid über Rottweiler Gefängnis. http://www.nq-online.de/nq_52_31558_Buergerentscheid-ueber-Rottweiler-Gefaengnis-Standort.html. Zugegriffen: 10.12.2015.

70 o.V. (2015): Rottweil: Ein grünes Plädoyer für den Gefängnisstandort Esch - Schwarzwälder Bote. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-ein-gruenes-plaedoyer-fuer-den-gefaengnisstandort-esch.44badc25-3682-430d-8fc3-f3bde7cdbc2d.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

71 Ebd.

72 o.V. (2015): Rottweil: Grünen-Kreisverband ist für Großgefängnis. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-gruenen-kreisverband-ist-fuer-grossgefaengnis.c200b51c-3a05-450c-b34e-49a9bf83d807.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

73 Ebd.

74 o.V. (2015): Rottweil: Grünen-Kreisverband ist für Großgefängnis. <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.rottweil-gruenen-kreisverband-ist-fuer-grossgefaengnis.c200b51c-3a05-450c-b34e-49a9bf83d807.html>. Zugegriffen: 26.11.2015.

75 Arnegger, Peter (2015): Offener Brief an Ministerpräsident Kretschmann: Der Knast darf nicht ins Esch. <http://www.nrwz.de/aktuelles/offener-brief-an-ministerpraesident-kretschmann-der-knast-darf-nicht-ins-esch/20150826-1856-96916>. Zugegriffen: 10.12.2015.

- 76 o.V. (2015): Erler: Beim Nein zur Not auch ohne Bürgerbeteiligung. <http://www.nrwz.de/aktuelles/erler-beim-nein-zur-not-auch-ohne-buergerbeteiligung/20150916-1148-98155>. Zugegriffen: 10.12.2015.
- 77 Ebd.
- 78 Ebd.
- 79 Ebd.
- 80 Walheim, Petra (2015): Rottweiler Bürgerentscheid bringt notwendigen Gefängnis-Neubau voran. <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Rottweiler-Buergerentscheid-bringt-notwendigen-Gefaengnis-Neubau-voran;art4319,3440488>. Zugegriffen: 10.12.2015.
- 81 Ebd.
- 82 o.V. (2015): Bürger in Rottweil stimmen für Großgefängnis. <http://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article146628656/Buerger-in-Rottweil-stimmen-fuer-Grossgefaengnis.html>. Zugegriffen: 10.12.2015.
- 83 Walheim, Petra (2015): Rottweiler Bürgerentscheid bringt notwendigen Gefängnis-Neubau voran. <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Rottweiler-Buergerentscheid-bringt-notwendigen-Gefaengnis-Neubau-voran;art4319,3440488>. Zugegriffen: 10.12.2015.
- 84 Ebd.
- 85 Ebd.